

Sachdokumentation:

Signatur: DS 1043

Permalink: [www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/1043](http://www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/1043)



### Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

### Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



# Lehrplan vors Volk

Demokratische Mitbestimmung in der Volksschule  
Volksinitiative Kanton Zürich

Komitee «Lehrplan vors Volk», 8610 Uster | [info@lehrplan-vors-volk.ch](mailto:info@lehrplan-vors-volk.ch) | [www.lehrplan-vors-volk.ch](http://www.lehrplan-vors-volk.ch) | Spendenkonto: Postkonto 89-753598-5

## Newsletter vom 21. 1. 2017

---

### Inhalt

Ich will – und zwar jetzt!.....	1
Ohne Politik keine Volksschule.....	2
Büffeln oder zahlen.....	5
Goethe oder Google: Wer erklärt die Welt?.....	6
Mogelpackung Lehrplan 21.....	7
Ganz und gar uneinig in sämtlichen Punkten.....	8
In Sorge um die Ausgewogenheit.....	12

---

### Ich will – und zwar jetzt!

az Aargauer Zeitung vom 16.1.2017

**Die Erziehungswissenschaftlerin Margrit Stamm befasst sich in dieser Kolumne mit der Frage, wie wir Kinder zu kleinen Egoisten erziehen.**

Sind Vorschulkinder heute gescheiter als früher? Viele von ihnen können schon Sätzchen lesen, bis auf 100 zählen, Geige spielen oder sich auf Englisch unterhalten. Doch dahinter steckt nicht Klugheit, sondern eine intensivere Förderung.

Frühförderung ist in. Die Vielfalt an Angeboten ist riesig, die Nachfrage auch. Viele Kinder sind jedoch emotional retardiert. Misserfolge ertragen sie kaum, in der Schule warten, bis sie an der Reihe sind, funktioniert nicht, und mit Kritik der Lehrperson kommen sie schlecht zurecht. Zu Hause ist es ähnlich: Tisch decken oder Hamster füttern? Keine Lust. Werden sie dazu angehalten, reklamieren sie dauernd. Mit anderen Kindern spielen sie zwar gerne, aber nur, solange alles nach ihrem Wunsch läuft. Andernfalls reagieren sie beleidigt oder mit Wutanfällen. Ihre Psyche ist in einem permanenten Überforderungszustand.

Im Kleinkindalter gehört diese Ichbezogenheit zum normalen Entwicklungsprozess, doch sollte ein fünfjähriges Kind ein gewisses Mass an emotionaler Kompetenz, so auch die Fähigkeit, Bedürfnisse aufzuschieben («Frustrationstoleranz») und Kritik zu ertragen, erworben haben. Warum ist dies bei einem zunehmenden Anteil nicht mehr so?

### Und was ist mit Mutter und Vater?

Sicher nicht deshalb, weil solche Kinder «einen starken Willen» haben. Es gibt kein genetisch vorbestimmtes Temperamentsschicksal. Viele Eltern sind jedoch überzeugt, ihr Kind habe «den gleich starken Kopf wie der Vater» und sei deshalb besonders schwierig.

Richtig ist, dass es einfachere und kompliziertere kindliche Temperamente gibt. Doch Anlagen sind nie so dominant, dass Eltern das Kind nicht durch ihre Erziehung formen könnten.

Dass es zwischen dem nachgiebigen Erziehungsverhalten und den Problemen des Sprösslings eine Verbindung geben könnte, kommt Vätern und Müttern oft gar nicht in den Sinn. Obwohl Kinder mit ihrem ichzentrierten Verhalten eine lenkende Erziehung geradezu einfordern würden, reagieren die Eltern noch nachgiebiger und verständnisvoller. So entsteht ein Teufelskreis, bei dem das Kind lernt: Egal was ist, ich stehe immer im Mittelpunkt.

Doch wäre es völlig falsch, den Eltern allein die Schuld für die Erziehung kleiner Egoisten zuzuschieben. Es ist vor allem der Hype um die frühe Förderung, der dazu geführt hat, dass die emotionale und soziale Erziehung ins Hintertreffen geraten ist. Lange hat man den Eltern eingetrichtert, wer nicht möglichst früh seinen Nachwuchs fördere, nehme später das Risiko verpasster Chancen in Kauf. Was Hänschen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr! Logischerweise ist der Frühenglischkurs wichtiger geworden als die Fähigkeit, einen Konflikt mit Nachbarskindern alleine lösen zu lernen.

Dieser Trend ist fatal. Denn die Forschung belegt mit grosser Eindeutigkeit, dass der Schulerfolg nicht von frühen Förderkursen abhängt, sondern vor allem vom Ausmass emotionaler Kompetenz. Wer eine hohe Frustrationstoleranz hat und ein Ziel im Auge behalten kann, lässt sich von Enttäuschungen nicht entmutigen und ist in der Schule erfolgreicher. Kinder, die nicht gelernt haben, ihre Bedürfnisse aufzuschieben und immer im Mittelpunkt stehen wollen, können mit Niederlagen schlecht umgehen und eine unangenehme Situation kaum aushalten. Solche Fehlsteuerungen zeigen sich auch noch bei Teenies und ihrer Unfähigkeit, mit Konflikten umzugehen. Bei den kleinsten Herausforderungen knicken sie ein und reagieren entweder aggressiv oder ziehen sich zurück.

### **Selbstkontrolle und Frustrationstoleranz**

Wollen wir Kinder nicht zu Ichlingen erziehen, tun Eltern und auch Lehrkräfte gut daran, sie Selbstkontrolle und Frustrationstoleranz zu lehren. Zum Beispiel durch Üben, bis man etwas wirklich kann; indem man beim Spielen das Verlieren lernen oder etwas ausbaden muss, was man selbst verbockt hat. Oder auch dadurch, dass man Kinder nicht andauernd lobt.

Überdosierte Anerkennung macht sie schwach, man muss sie deshalb für das Richtige loben. Schlauheit oder hübsch sein gehören nicht dazu, wohl aber ein Lob für Fleiss, Höflichkeit oder Gewissenhaftigkeit.

Im Leben scheint nicht immer die Sonne. Lernen Kinder früh, mit Frust umzugehen und das Wir anstatt das Ich einzuüben, schützt sie das ein Leben lang. Und dies ist das grösste Geschenk, das wir ihnen machen können.

---

## **Ohne Politik keine Volksschule**

Neue Zürcher Zeitung vom Di, 10.01.2017

Von Walter Bernet

**Wissenschaftlich geschulte Experten, zentrale Steuerung und professionelle Führung prägen die Entwicklung im Schulbereich zunehmend. Die öffentliche Schule ist aber mehr als eine pädagogische Veranstaltung.**

Die Schule missachtet die Bedürfnisse der Knaben sträflich. Diese brauchen mehr

Handarbeit und Werken statt einer zweiten Fremdsprache in der Primarschule. Und wenn sie älter werden, hilft ihnen Naturwissenschaft und Technik mehr als ein eher den Mädchen gerecht werdender Sprachunterricht. Diese Diagnose ist in den laufenden Diskussionen um die Volksschule oft zu hören. Sie ist nicht ganz falsch. Offen ist aber, ob mehr Handwerk und weniger Sprache die wirksamsten therapeutischen Massnahmen sind. Diagnosen wie diese sind zahlreich. Die Widersprüche unter ihnen sind es auch. Kindgerecht soll die Schule sein. Wer würde nicht zustimmen? Jedem Kind könne die Schule nicht gerecht werden, heisst es aber, wenn die Forderung nach freier Schulwahl begründet werden soll. Es waren am Ende die Stimmbürger verschiedener Kantone, die diesem Anliegen vor wenigen Jahren eine wuchtige Absage erteilten.

### **Babylonische Verhältnisse**

Eine neue Welle von Abstimmungen über bildungspolitische Volksinitiativen rollt derzeit durch die Deutschschweiz. Sie sind das Echo auf die Harmonisierung der kantonalen Volksschulen mit dem Sprachenkompromiss von 2004 – Fremdsprachenunterricht ab der 3. und der 5. Klasse der Primarschule – und dem in Einführung begriffenen Lehrplan 21. Bisher hat die real existierende Volksschule trotz allen Kontroversen eine erstaunliche Beständigkeit bewiesen. Das gilt auch für das neue Zeitalter der Wutbürger, Kampfeltern und Shitstorms. Zuletzt haben 70 Prozent der St. Galler Stimmdenden die Fremdsprachen-debatte mit einem Ja zum Verbleib im Harnos-Konkordat mindestens vorläufig beendet. Noch grössere Mehrheiten fanden sich in Schaffhausen und im Thurgau gegen das Ansinnen, den Lehrplan 21 vor das Parlament und allenfalls das Volk zu bringen. Im Februar stimmt der Aargau über den Lehrplan 21 ab, im Mai der Kanton Zürich über die zweite Fremdsprache.

An Podiumsdiskussionen dazu wähnt man sich oft in Babylon. Kinderärzte, Psychologen, Pädagogen, Eltern, aktive und pensionierte Lobbyisten, Politiker und – selten – Lehrer präsentieren ihre Befunde und ihre Lösungen, ohne ein Ohr für andere und den Blick fürs Ganze zu haben. «Schade, dass die zürcherische Politik die berechtigten Anliegen der Lehrerschaft punkto Fremdsprachenunterricht einfach negiert», stellte der Zürcher Lehrerinnen- und Lehrerverband (ZLV) nach der Ablehnung seiner Volksinitiative durch den Kantonsrat fest. Offenbar ist man sich über die Berechtigung des Anliegens, sich in der Primarschule auf eine Fremdsprache zu beschränken, nicht einig. Wer liegt richtig?

Die Fremdsprachenfrage ist ein gutes Beispiel dafür, dass diese Frage nicht so einfach zu beantworten ist. Die naheliegende Antwort lautet: «Nur wenn es pädagogisch Sinn ergibt, ist eine zweite Fremdsprache für Primarschüler legitim. Die Politik soll sich so lange heraushalten, als ihre Forderung nach Unterricht in einer zweiten Landessprache am Ende der obligatorischen Schulzeit erfüllt wird.» Dass Mittelstufenlehrern der Ertrag ihres Französischunterrichts angesichts des Aufwands bescheiden erscheint, ist nachvollziehbar. Eltern aber sind schon stolz, wenn ihr Sprössling in den Ferien für sie mit Erfolg einen Café au Lait bestellen kann. Auch was pädagogisch als sinnvoll erachtet wird, hängt von der Perspektive ab. Umso erstaunlicher ist es, dass der ZLV nicht in erster Linie mit den Erfahrungen der Praktiker argumentiert – diese sind vielleicht zu uneinheitlich –, sondern mit ausgewählten Studien von Wissenschaftlern, einer Gruppe, welcher Lehrer sonst gerne Praxisferne vorwerfen. Entstanden ist daraus ein Hickhack zwischen Lehrern und Erziehungsdirektoren um die richtige Interpretation und Bewertung von Studien.

In einem auf privater Basis getragenen Schulsystem läge der Entscheid am Ende aber weniger bei den Lehrern als vielmehr bei den Eltern. Sie wählen die Schule ihrer Wünsche für ihre Kinder aus. Hierzulande ist der Konsens – siehe Volksabstimmungen der letzten Jahre – aber gross, dass mindestens die elementare Bildung ein öffentliches Gut und dementsprechend auch öffentlich zu verhandeln sei. Konfliktfrei ist das nie gegangen. Entstanden ist die moderne laizistische Volksschule als liberales Projekt, das gegen

konservativen Widerstand erkämpft werden musste und darauf abzielte, Jugendliche zu selbständigen Arbeitskräften, Stimmbürgern und Soldaten zu erziehen. Ihre heutige Akzeptanz als zentrale Bildungseinrichtung und ihre erstaunliche Stabilität verdankt sie ihrer tiefen Verankerung in einem dichten Geflecht von Akteuren aus Profession und Miliz, kulturellen Traditionen in Stadt und Land sowie gesellschaftlichen Erwartungen. Entsprechend resistent war sie stets gegen zu kühne Reformen und Versuche einer zentralen Steuerung. So war der kantonale Schulinspektor eine Reizfigur, derentwegen 1872 ein neues Schulgesetz scheiterte. Für Jahrzehnte blieb die Volksschule eine rein lokale, nicht von einem kantonalen Schulinspektor, sondern von (Bezirks-)Schulpflegern beaufsichtigte Institution.

### **Die Macht der Experten**

Erst der beschleunigte wirtschaftliche und gesellschaftliche Wandel ab den fünfziger Jahren des letzten Jahrhunderts führte zum Ruf nach einer Entwicklung der Volksschule, die bereits damals nicht mehr ohne Zuhilfenahme von wissenschaftlichen Erkenntnissen, von Expertenwissen denkbar war. Erst nach 2000 nahm dieser Trend eine neue Dimension an. Die Schulen entwickelten sich zu professionell geführten, teilautonomen Gebilden, ihre zentrale Steuerung wurde zur Sache von Experten in der Verwaltung. Die neu gegründeten pädagogischen Hochschulen nahmen ihre gesetzliche Verpflichtung ernst, Forschung zu betreiben und Dienstleistungen zu erbringen. Zudem nahmen überkantonale Vereinbarungen und international verbreitete Vorstellungen von Schulführung Einfluss auf die Ausgestaltung des Volksschulwesens. Öffentliche Debatten über die Schule sind davon nicht unberührt geblieben. Wer in der Frage der Fremdsprachen richtig liegt, entscheiden zwar am Ende nicht Experten, sondern der kantonale Souverän, aber im Wissen darum, dass er unter Umständen geltende Abkommen zwischen den Kantonen verletzt und den eigenen Kanton politischem Druck aussetzt. Wie gespannt das Verhältnis zwischen Praktikern aus der Schule, politischen Akteuren und Bildungsexperten aus Hochschulen und Verwaltung sein kann, zeigen die Querelen um den Lehrplan 21.

Die Professionalisierung der Führungsstrukturen und die nicht zu leugnende Expertokratie im Schulbereich bringen die Gefahr mit sich, dass namentlich Entscheide zur Organisation und Entwicklung der Schule der vertrauten öffentlichen Debatte entzogen werden. So hat in Zumikon zwar die Schulpflege den Entscheid über die Abschaffung des altersdurchmischten Lernens getroffen, aber unter massgebender Mitarbeit des neuen Schulleiters. Die Lehrerschaft hat dafür wenig Verständnis aufgebracht, zählt sie doch Schulentwicklung im Rahmen der teilautonomen Volksschule zu einer ihrer Kernaufgaben, in die sie sich nur ungern dreinreden lässt. Entsprechend bietet die Pädagogische Hochschule Zürich ihre Expertenhilfe nicht der Öffentlichkeit, sondern den einzelnen Schulen an. Von Kindern und Eltern war in Zumikon wenig die Rede – eine Elterngruppierung hat allerdings mit einer Petition Druck gemacht.

Welche Fragen in den Kompetenzbereich der kantonalen Politik, welche in jenen von Expertengremien gehören und welche lokal zu lösen sind, ist zwar gesetzlich geregelt. Die laufenden Volksinitiativen können durchaus als Proben aufs Exempel gesehen werden, als Realitäts-Check für diese Regeln angesichts der Verschiebungen im Verhältnis zwischen Politik, Schule, Bildungsverwaltung und Wissenschaft. Verliert die Öffentlichkeit mit ihrem auf Durchsetzung und Abgleich von Interessen ausgerichteten Diskurs tatsächlich an Einfluss auf die Schule? Sind die wissenschaftlich geprägten Dienst- und Steuerungsleistungen der Zentralen politisch wirklich so neutral, wie es ihre Erbringer glauben? Erst das Bestehen in der politischen Debatte gibt der Volksschule ihre Legitimation und sichert das Vertrauenskapital, über das sie nach wie vor verfügt. Es hängt nicht zuletzt von einer vernünftigen Gesprächskultur zwischen Experten, Schulpraktikern und Öffentlichkeit ab. Da gibt es recht viel Luft nach oben. Die Volksschule darf nicht zur Klinik der Gesellschaft

werden, in der Eltern und Kinder wie Patienten im Spital der geballten Expertise der Fachleute ausgesetzt sind und wenig mehr als Danke sagen können.

---

## Büffeln oder zahlen

Blick 14.01.17

### ***Sprachmisere an den Schulen: Wer schlecht Deutsch spricht, wird gebüsst.***

***WINTERTHUR ZH - Das Deutsch-Debakel an Schweizer Schulen nimmt kein Ende. Der Lehrerverband schlägt Alarm und der Sirnacher Schulpräsident büsst Eltern von schwachen Schülern konsequent. 18 Eltern mussten bereits zahlen.***

*Romina Lenzlinger*

Vierte Klasse an einer Primarschule in Winterthur ZH: Die Schüler haben Deutschstunde. Sie schreiben einfache Sätze. Alle sind konzentriert. Nur Senta Aebi langweilt sich. Die Zehnjährige ist längst fertig und lernt auswendig. Eine Zusatzaufgabe, um das Mädchen zu fördern. Denn Senta ist das einzige Schweizer Kind in der Klasse und neben ihren Gschpänli, die teilweise auffällig schlecht Deutsch sprechen, total unterfordert. «Meine Lehrerin muss mit meinen Kameraden fast täglich Schulstoff aufarbeiten, das braucht unendlich Zeit», sagt sie. Zeit, die Senta abgeht.

### ***50 Prozent aller Schüler wachsen in Familien mit Migrationshintergrund auf***

Senta ist kein Einzelfall. Es gibt immer mehr Schulklassen, in denen Schweizer Kinder in der Minderheit sind. «Mittlerweile wachsen rund 50 Prozent aller Schüler in Familien mit Migrationshintergrund auf», sagt Jürg Brühlmann (62), Bildungsexperte des Schweizer Lehrerverbandes. Die Sprachprobleme vieler Kinder werden für die Schulen zunehmend zur Belastung. Brühlmann redet von einer tickenden Zeitbombe. «Die mangelnden Deutschkenntnisse vieler Schüler sind ein Problem, wenn die Politik Gelder für Deutschkurse streicht oder Klassengrößen weiter erhöht», sagt er. «Wer die einfachsten Aufgaben nicht versteht, ist automatisch benachteiligt.»

### ***Thurgauer büssen Eltern, deren Kinder nicht Deutsch sprechen***

Auf die Deutsch-Misere reagiert hat die Thurgauer Gemeinde Sirmach. Schulpräsident Urs Schrepfer (45) bittet Eltern, deren Kinder in der Schweiz geboren wurden, aber kaum Deutsch sprechen, seit dem letzten Schuljahr zur Kasse. «Von Schülern, die hier aufgewachsen sind, erwarten wir, dass sie unsere Sprache verstehen», sagt Schrepfer. Eigentlich keine ungewöhnliche Forderung. Doch die Realität sieht anders aus. «Viele verstehen nicht mal die einfachsten Anweisungen», so Schrepfer.

Sirmach will die jährlichen Kosten von 180'000 Franken für die Förderstunden nicht mehr allein tragen: Seit dem letzten Schuljahr verrechnet sie den betroffenen Eltern 150 Franken pro Lektion – Flüchtlingskinder sind von der Massnahme ausgeschlossen.

### ***Kinder von 18 Eltern mussten 600 Franken zahlen***

Die Bilanz ist dennoch ordentlich: Insgesamt 18 Familien wurden gebüsst. Im Schnitt bezahlten sie 600 Franken. Mitleid hat der Schulpräsident nicht. «Die Eltern könnten mehr Effort zeigen», sagt Schulpräsident Schrepfer. Denn in der Gemeinde gebe es genug Angebote, um Deutsch zu lernen. «Wir möchten niemanden piesacken», so Schrepfer. Doch alle Schüler sollen die gleichen Chancen haben.

---

## Goethe oder Google: Wer erklärt die Welt?

Luzerner Zeitung Online, 16. Januar 2017

*Mario Andreotti, Dozent für Neuere deutsche Literatur und Buchautor*

**«Pisa» heisst das Stichwort für das angebliche Versagen unseres Schulsystems**, zumindest was das Lesen, das heisst das Textverständnis, der Schüler betrifft. Die Studie über die Basis-Kompetenzen unserer Schüler im internationalen Vergleich misst die Lesefähigkeit anhand von Gebrauchstexten – eine Voraussetzung dessen, was man gemeinhin unter «Bildung» versteht. Die Studie löst immer wieder eine breite, mitunter heftig geführte Diskussion über Sinn und Unsinn der traditionellen Bildung aus. Dabei stehen sich zwei Auffassungen diametral gegenüber: eine ältere Auffassung, welche die Bedeutung der humanistischen Bildung betont und gleichzeitig die Gefährdung traditioneller Lerninhalte beklagt, und eine neuere Auffassung, wonach sich die Bildung an ihrem praktischen Nutzen messen lassen muss. Die Vertreter der letzteren gehen teilweise so weit, dass sie nicht nur Griechisch, Latein und Goethes «Faust» im Gymnasium für überflüssig halten, sondern selbst den traditionellen Mathematikunterricht. Nach ihnen hat die Schule ganz allgemein zum Ziel, die Schüler auf ein erfolgreiches berufliches Leben vorzubereiten.

**Zwar ist es selbstverständlich, dass die Schule praktische Fertigkeiten lehren soll:** Lesen, Schreiben, Rechnen, den Umgang mit PC und Internet. Entscheidend aber ist, dass sie auch Ideale und Sinnzusammenhänge vermittelt, die allem praktischen, individuellen Nutzen vorausgehen. Bis in die frühe Neuzeit waren das die Werte der christlichen Lebensordnung. Auf sie folgte das humanistische, an der griechisch-römischen Antike und den Klassikern der Nationalliteraturen orientierte Bildungsideal – in Italien etwa Dante, Petrarca und Boccaccio, in Deutschland Goethe und Schiller. Beide Leitkulturen hatten das gleiche Ziel: den Zusammenhalt des Gemeinwesens zu sichern. So verstandene Bildung ist eine Notwendigkeit, denn eine Gemeinschaft funktioniert nur, wenn ihre Mitglieder sich verständigen können – und zwar nicht nur schlecht und recht, sondern korrekt und differenziert. Sprachbeherrschung in Wort und Schrift ist die Grundlage aller Bildung! Muss noch eigens betont werden, dass es hierzu keine bessere Schule als die Literatur gibt? Dazu kommen als unverzichtbare Forderung Kenntnisse der Geschichte. Ein demokratischer Staat kann nur von Menschen gestaltet werden, welche die Bedingungen seiner Entstehung und seine tragenden Kräfte kennen.

**Bildung zielt aber nicht nur auf staatsbürgerliche Pflichterfüllung**, sondern ebenso sehr auf ein freieres, reicheres und erfüllteres Leben. Und das sowohl «in Einsamkeit und Freiheit», wie Wilhelm von Humboldt formuliert hat, als auch im geselligen Kreis. Sie ist kein Dekor, das man sich zulegt, nachdem man alles «Nützliche» erworben hat. Sie ist die Basis, auf der alles andere ruht.

**Bildung lässt sich nicht in der Hast rascher Erledigung erwerben**; sie ist mehr als fachliche Qualifikation und «Fitsein für ...». Wer sich bildet, braucht Geduld und Selbstdisziplin, ähnlich dem, der einen Sport ausübt oder ein Instrument erlernt. Doch er wird belohnt: Homer und Dante, Shakespeare und Goethe, Proust und Döblin bringen ihm unendlich viel mehr Freude und Einsicht als mindere, auf den ersten Blick zugänglichere Autoren oder gar die Volksverblödungsmaschinerien der Privatfernsehsender, denen die Menschen Tag und Nacht ausgesetzt sind. Die Kultur ist ein Gewebe, in dem alles mit allem zusammenhängt. Motive der griechischen oder germanischen Mythologie, des Volksmärchens oder der Bibel begegnen uns in der Literatur wie in der Oper, im Sprechtheater, im Museum, aber auch in tausend alltäglichen Dingen. Wohl dem, der sie entziffert; ihm zeigt sich die Welt als ein vielschichtig lesbares Buch. Und damit erlebt er ein Glück der Erkenntnis, das über jeden praktischen Nutzen weit hinausgeht.

---

## Mogelpackung Lehrplan 21

von Elfy Roca, Lehrerin und Komiteemitglied «Nein zum Lehrplan 21», Oberrohrdorf AG  
Aargauer Volksabstimmung vom 12. Februar 2017

***Von Jahr zu Jahr werden die Klagen der Gewerbetreibenden immer lauter: Schulabgänger genügen häufig den Anforderungen nicht mehr, die einen erfolgreichen Start in eine Berufslehre bedingen. Dies beginnt mit fehlendem Grundwissen in Deutsch, Mathematik und anderswo, begleitet von sinkender Motivation und Durchhaltewillen.***

Immer mehr Eltern stören sich daran, dass sie nicht gelernten Schulstoff zu Hause mit ihren Kindern nachholen und sich stundenlang mit Hausaufgaben herumschlagen müssen. Was ist mit der Schule los?

### Reformitis

Seit Jahren folgt eine Schulreform auf die andere. So wurde die Lehrerbildung schon vor Jahren an die Pädagogische Hochschule verlegt und damit verakademisiert. Den Studenten wird hauptsächlich die Unterrichtsform des sogenannten «selbstgesteuerten Lernens» vorgestellt; praxisnahe Ausbildung ist schon länger tabu. Neue Lehrmittel, notabene um ein Mehrfaches teurer als die bisherigen Schulbücher, sind derselben Vorstellung von Lernen verpflichtet: Nicht mehr der Lehrer leitet an und übt mit den Kindern Grundwissen ein, sondern das Kind muss sich den Stoff selber aneignen. Dies sind Gründe, warum Eltern zu Hilfslehrern werden und Nachhilfeunterricht einen wahren Boom erfährt.

### Ideologie-getränkter Lehrplan 21

Nun steht eine weitere Grossreform an: Der Lehrplan 21. Auch er ist derselben Ideologie verpflichtet und soll an Lehrerschaft und Bevölkerung vorbei installiert werden. Die Folgen der bereits eingeführten Veränderungen sind jedoch derart gravierend, dass sich breiter Widerstand formierte. Am 2. Juni 2015 reichte das Komitee «Ja zu einer guten Bildung – Nein zum Lehrplan 21» die gleichlautende Initiative im Kanton Aargau ein, sodass die Bevölkerung nun endlich am kommenden 12. Februar über die Grundsatzfrage abstimmen kann: Soll ein völlig neues und andernorts bereits gescheitertes Bildungsverständnis zementiert werden oder sollen die gesetzlich festgeschriebenen, bisher erfolgreichen Grundlagen unseres Bildungswesens weiterhin bestehen?

Die Initiative beinhaltet einen neugefassten Paragraphen 13 des Aargauer Schulgesetzes und hält darin die Eckwerte des künftigen Aargauer Lehrplans wie folgt fest:

- Klarer Bezug zur Präambel des Schulgesetzes, nach welchem die Jugend zu «selbständigen und verantwortungsbewussten Bürgern» sowie zu «gemeinschaftsfähigen, an Geist und Gemüt reifenden Menschen erzogen» werden sollen. Der Lehrplan 21 mit seiner verkürzten, auf Messbarkeit ausgerichteten Kompetenzorientierung kann diesem Anspruch in keiner Weise genügen.
- Lernziele für jede Jahrgangsklasse, damit eine echte Harmonisierung überhaupt möglich wird. Die über drei oder vier Jahre (Zyklen) aufgelisteten Kompetenzen des Lehrplans 21 disharmonisieren geradezu, wenn jede Lehrperson über diesen langen Zeitraum selbst bestimmt, wann welche Kompetenz abgehakt wird. Vielleicht auch deshalb sprachen sich zahlreiche Lehrerinnen und Lehrer an unserer repräsentativen Umfrage für Jahrgangsziele aus; lediglich 14 Prozent lehnten diese ab.
- Ein Rahmenlehrplan für den Kindergarten als Vorbereitung auf die Schule. Er verhindert die Einführung der von der Bevölkerung abgelehnten Basisstufe (zwei Jahre



Kindergarten und zwei Jahre Primarschule umfassend).

- Eine Aufzählung von Fächern, die zwingend an Primar- und Oberstufe unterrichtet werden müssen. Dies verhindert die Abschaffung der bisher eigenständigen Fächer Geschichte, Geografie, Biologie, Physik, Chemie, Hauswirtschaft und etabliert Informatik als eigenständiges Fach (im Lehrplan 21 bloss ein Modul). Sammelfächer, wie sie der im Lehrplan 21 vorsieht, sind heftig umstritten – so hat sich der Kanton Baselland bereits davon verabschiedet; auch die Aargauer Lehrerschaft sprach sich an unserer Umfrage klar für Einzelfächer aus.
- Entgegen der ständigen Behauptung der Initiativgegner ist diese Aufzählung im Gesetz nicht abschliessend. Es entspricht gängiger Praxis, dass der Regierungsrat auf dem Verordnungsweg neue Fächer via Studentafel einführt (z.B. Klassenstunde, Berufliche Orientierung, Freifächer). Auch nach Annahme der Initiative kann er diesen Weg weiter gehen oder aber den üblichen demokratischen Weg einer Gesetzesänderung beschreiten.

Der neue § 13 verhindert die Einführung des umstrittenen Lehrplans 21. Er macht den Weg frei für eine solide Grundlage, auf dem ein Lehrplan aufbauen muss. Nur so kann der Bildungsabbau, der überall beklagt wird, endlich gestoppt werden.

**Mit einem JA zur Bildungsinitiative wird der Kanton Aargau der erste Kanton sein, der diese Wende schafft!**

---

## Ganz und gar uneinig in sämtlichen Punkten

### *Zukunft der Aargauer Schulen: Die Meinungen liegen meilenweit auseinander.*

Aargauer Zeitung, 16.1.2017 von Jörg Meier

***Im intensiv geführten Streitgespräch zwischen Elfy Roca und Kathrin Scholl über die Lehrplan-Initiative wird klar: Die Vorstellungen darüber, wie die Schule der Zukunft konkret aussehen soll, differieren gewaltig.***

*Auf Einladung der Aargauer Zeitung debattierten Elfy Roca, Mitinitiantin der Initiative «Ja zu einer guten Bildung – Nein zum Lehrplan 21», und Kathrin Scholl, Co-Präsidentin des Gegenkomitees, über Sinn und Unsinn der Initiative.*

#### **Frau Roca, was wollen Sie mit der Initiative erreichen?**

**Elfy Roca:** Unser Anliegen ist es, dass die Diskussion darüber, nach welchen Grundlagen Schulbildung vermittelt werden soll, ins Laufen kommt. In den letzten Jahren sind viele Veränderungen passiert. Vorläufiger Endpunkt ist da der Lehrplan 21, dem wir sehr kritisch gegenüberstehen. Mit unserer Initiative legen wir die Eckwerte für einen künftigen Aargauer Lehrplan fest, der bekanntlich auf der Basis des Lehrplans 21 entstehen soll.

#### **Aber die Initiative kann den Lehrplan 21 ja nicht verhindern?**

**Kathrin Scholl:** Nein, das kann sie nicht. Der Lehrplan 21 dient bloss als Grundlage für die Kantone. Der Aargau macht, wie wir soeben gehört haben, seinen eigenen Lehrplan auf der Basis des Lehrplans 21, passt ihn den eigenen Bedürfnissen an. Wie der neue Aargauer Lehrplan dereinst aussehen wird, wissen wir heute noch nicht, die Diskussion läuft erst an, die Einführung ist ja auch frühestens im Schuljahr 2020/21 möglich. Die Initiative setzt natürlich nicht nur Eckwerte fest, sie ist ein ausformulierter, einschränkender und abschliessender Gesetzestext.

**Dann braucht es die Initiative also nicht?**

**Kathrin Scholl:** Nein, sie ist überflüssig und irreführend. Denn es geht ja um den neuen Aargauer Lehrplan und nicht um den Lehrplan 21.

**Elfy Roca:** Selbstverständlich ist die Initiative notwendig. Der Lehrplan 21 basiert auf der Grundidee des kompetenzbasierten Lernens, er orientiert sich nicht mehr am Grundlagenwissen, sondern stellt das anwenderorientierte Können ins Zentrum. Dahinter steckt die Pädagogik des selbst gesteuerten Lernens. Diese besagt, dass sich die Kinder das zu Lernende selber aneignen müssen und die Lehrpersonen sie nur noch begleitet. Mit der Initiative, die eine Änderung von Paragraph 13 des Schulgesetzes verlangt, wollen wir den endgültigen Einzug dieser Ideologie an der Aargauer Schule verhindern. Und wenn ich noch etwas richtigstellen darf: Es stimmt nicht, dass die Initiative abschliessend formuliert ist, der Text lässt alle Möglichkeiten offen. Die Liste der Fächer, die unserer Meinung nach unterrichtet werden müssen, kann jederzeit und ohne grossen Aufwand verändert werden.

**Warum ist die Initiative so kompliziert und verklausuliert formuliert?**

**Elfy Roca:** Die Initiative ist überhaupt nicht kompliziert! Wir sagen schon im Titel, was wir wollen. Leider können wir nicht über den Lehrplan 21 abstimmen. Deshalb müssen wir diesen Weg gehen. Bisher waren die Lehrpläne vernünftig. Doch jetzt stehen wir vor grundsätzlichen Veränderungen, die wir nicht mittragen können.

**Kathrin Scholl:** So gross kann die Veränderung nicht sein: 80 Prozent der Inhalte bleiben sich ja gleich.

**Elfy Roca:** Wenn das so wäre, hätte man ja auch gleich auf einen neuen Lehrplan verzichten können.

**Kathrin Scholl:** 2006 hat das Schweizer Volk entschieden, dass die Bildungsziele harmonisiert werden sollen. Damit dies geschehen kann, braucht es eine gemeinsame Grundlage. Diese Grundlage für die 21 Deutschschweizer Kantone ist der Lehrplan 21; jeder Kanton passt diese Grundlage den eigenen Bedürfnissen an. Zudem braucht die Schule eine Weiterentwicklung, sie muss auf neue gesellschaftliche Anforderungen reagieren, die Wirtschaft stellt Ansprüche. Die Schule muss neue Lerninhalte aufnehmen, muss die berufliche Orientierung stärker gewichten, muss etwa auf den Fachkräftemangel in Naturwissenschaft und Technik reagieren. Genau das macht der Lehrplan 21. Deshalb ist es wichtig, dass er umgesetzt werden kann.

**Elfy Roca:** Aber der Lehrplan 21 harmonisiert ja gar nicht, er macht die Unterschiede noch viel grösser.

**Was nützt die Initiative dem Aargauer Schulkind?**

**Elfy Roca:** Aus meiner langjährigen Erfahrung als Lehrperson in der Regelschule weiss ich: Kinder, vor allem in den unteren Klassen, brauchen Lehrpersonen, die anleiten, die lehren, die fordern. Dass sich die Kinder ihr schulisches Wissen vorwiegend selbstgesteuert in offenen Lernumgebungen aneignen sollen, wie es der neue Lehrplan 21 festschreibt, halte ich für falsch. Natürlich sollen Lehrpersonen verschiedene Methoden einsetzen, sollen Kinder in offenen Lernumgebungen arbeiten können. Aber den zugrunde liegenden Konstruktivismus als Prinzip lehne ich ab.

**Kathrin Scholl:** Die Initiative ist nicht im Sinne der Familien und der Kinder. Denn sie schränkt ihre Möglichkeiten ein, zum Beispiel im Bereich Mobilität oder was den Fächerkatalog betrifft. Gute Schüler können nicht stärker gefördert werden, weil sie in den starren Jahreszielen, welche die Initiative will, gefangen bleiben, aber auch, weil keine Wahlfächer mehr angeboten werden. Schwächere Schüler, die mehr Zeit brauchen, scheitern hingegen eher im starren Korsett. Und noch etwas: Der Lehrplan legt keine Methoden fest, sondern Inhalte.

**Elfy Roca:** Doch, genau das tut er.

**Kathrin Scholl:** Ich habe den Lehrplan 21 genau gelesen. Er macht keinerlei Vorgaben,

welche Inhalte mit welcher Methode zu vermitteln seien. Auch der von Ihnen so stark kritisierte Begriff «selbstgesteuertes Lernen» kommt im Lehrplan 21 gar nicht vor.

**Elfy Roca:** Tatsache ist, dass die Lehrerbildung an der Fachhochschule bereits nach den Prinzipien des Lehrplans 21 erfolgt, dass die neuen Lehrmittel auf der Basis des selbstgesteuerten Lernens aufgebaut sind und dem Konstruktivismus verpflichtet sind. Zudem: Das Argument der Mobilität zählt hier nicht. Wenn eine Familie in einen andern Kanton zügelt, ist meist der unterschiedliche Sprachunterricht das grösste schulische Problem.

**Kathrin Scholl:** Aber der einheitliche Sprachunterricht ist gar nicht Inhalt des Lehrplans 21.

**Elfy Roca:** Nochmals: Der Lehrplan 21 bringt einen Paradigmenwechsel. Er verändert die Sichtweise des Lernens. Das Kind wird zu sehr sich selber überlassen, was auch bedeutet, dass viele Eltern den verpassten Schulstoff zu Hause nachholen müssen. Dagegen wehren wir uns.

**Kathrin Scholl:** Es ist keine veränderte, es ist eine erweiterte Sichtweise des Lernens und damit eine Kompetenzerweiterung, im Sinne von: Wie kann ich lernen, das, was ich weiss, auch anzuwenden.

### **Auch der Aargauische Gewerbeverband spricht sich klar gegen die Initiative aus. Überrascht Sie das?**

**Elfy Roca:** Ich war beim Gewerbeverband zu Gast und konnte die Initiative vorstellen. Das habe ich sehr geschätzt, war doch der Gewerbeverband der einzige Verband, der sich auf die Diskussion eingelassen hat. Dass er sich nicht hat überzeugen lassen, ist sein gutes Recht. Ich denke, das Gewerbe erhofft sich durch die Harmonisierung Schulabgänger, die bessere Leistungen bringen. Zudem ist die Kompetenzausrichtung in der Berufsausbildung sinnvoll. Im Gegensatz zur Unter- oder Mittelstufe. Andererseits möchte ich aber auch erwähnen, dass es viele Gewerbetreibende gibt, die in unserem Komitee der Befürworter mitmachen.

### **Einer der konkreten Kritikpunkte an der Initiative ist die abschliessende, aber unvollständige Fächeraufzählung im Initiativtext. Haben Sie unsorgfältig gearbeitet?**

**Elfy Roca:** Das sehe ich nicht so. Wie bereits erwähnt: Über Verordnungen kann die Stundentafel, die wir vorschlagen, problemlos abgeändert und ergänzt werden.

**Kathrin Scholl:** Nein, eben gerade nicht. In einem Gesetzestext müssen die Kompetenzen, die man der Öffentlichkeit gibt, genau geregelt sein. Die Fächeraufzählung in der Initiative ist abschliessend formuliert, Relativierungen sind keine enthalten. Also sind Interpretationen nicht möglich. Jede Änderung braucht deshalb zwingend eine Gesetzesänderung. Wenn man also zum Beispiel das im Initiativtext fehlende Fach «Berufliche Orientierung» aufnehmen möchte, kann das gut und gerne zwei Jahre dauern, bis die Gesetzesänderung alle Instanzen passiert hat.

**Elfy Roca:** Ich sehe das ganz anders. Es braucht dazu keine Gesetzesänderung.

### **Bildungsdirektor Alex Hürzeler sagt, eine Annahme der Initiative könne den neuen Aargauer Lehrplan auf der Basis des Lehrplans 21 nicht verhindern. Teilen Sie diese Ansicht?**

**Elfy Roca:** Da sind wir dezidiert anderer Meinung. Wir beziehen uns ja auf den Bildungsgedanken, wie er in der Präambel des Schulgesetzes definiert ist. Diesem Grundgedanken und unsere im Gesetzestext formulierten Eckpunkte widersprechen dem Lehrplan 21. Also muss er mit seiner ganzen Kompetenzorientierung vom Tisch sein, falls die Initiative angenommen wird, er kann auf dieser pädagogischen Grundlage gar nicht eingeführt werden.

Falls das die Regierung aber anders sieht und trotzdem an den pädagogischen Prinzipien des Lehrplans 21 festhalten möchte, dann ist es denkbar, dass wir uns ans Verwaltungsgericht wenden.

**Kathrin Scholl:** Der Aargau braucht ohnehin einen neuen Lehrplan. Die Annahme der Initiative würde nichts verhindern, aber viel erschweren. Es käme zu einem komplizierten und teuren Alleingang mit grossen Einschränkungen. Zum Beispiel müssten wir die Ausbildung anpassen und eigene Lehrmittel entwickeln.

### **Und es gäbe Jahresziele und einen Rahmenlehrplan im Kindergarten?**

**Kathrin Scholl:** Ja. Wobei ich sagen muss: Einen Rahmenlehrplan für den Kindergarten finde ich ziemlich abstrus. Das gibt es sonst nur an Gymnasien und Berufsschulen. Frau Roca, warum wollen Sie einen verbindlichen Rahmenlehrplan für den Kindergarten?

**Elfy Roca:** Wir möchten, dass der Kindergarten als eigenständige Stufe erhalten bleibt. Der Kindergarten ist eine Vorbereitung auf die Schule. Natürlich haben da auch Buchstaben und Zahlen Platz. Aber er soll vor allem der Ort sein, wo die Kinder das Wahrnehmen üben können, wo sie spielen dürfen und ihre motorischen Fähigkeiten entwickeln können. Im Übrigen arbeitet der Kanton Solothurn schon lange mit einem Rahmenlehrplan. Was ist daran also exotisch?

### **Was passiert bei einer Ablehnung der Initiative durch das Aargauer Stimmvolk am 12. Februar?**

**Elfy Roca:** Dann akzeptieren wir, dass die Bevölkerung das Experiment mit dem Lehrplan 21 wagen will und verfolgen das Geschehen weiter kritisch. Und ehrlich gesagt: Ich bin nicht unglücklich, wenn ich nach dem 12. Februar wieder etwas mehr Freizeit habe.

**Kathrin Scholl:** Nach einer allfälligen Ablehnung der Initiative geht die Arbeit erst richtig los. Dann beginnt die konkrete Anpassung des Lehrplans 21 an die Aargauer Schule. Und da sind noch viele und intensive Diskussionen nötig.

---

## **In Sorge um die Ausgewogenheit**

Zürichseezeitung vom 14.1.2017

Thomas Marth

***Der Sparauftrag für die Aufnahmeprüfung bedeute eine Beschränkung des Zugangs zum Gymnasium, heisst es kritisch von Rektorensseite. Die Vorgabe läuft teil den Bemühungen um Verbesserungen beim Übertritt zuwider.***

Das kam bei den Rektoren der Zürcher Gymnasien nicht gut an. Der Regierungsrat muss sparen, Bildungsdirektorin Silvia Steiner will dies unter anderem dadurch erreichen, dass weniger Schülerinnen und Schüler ins Gymnasium eintreten, die dann in der Probezeit gleich wieder rausfliegen. Beim Kurzzeitgymnasium waren das zuletzt 22 Prozent, beim Langzeitgymnasium 17 Prozent. Vor allem Steiners Begründung gab zu reden: Die Gymnasien nähmen bewusst auch Schüler auf, die die Probezeit absehbar nicht bestehen würden. Denn die Entschädigung, die der Kanton den Gymnasien pro Schüler entrichtet, erhalten sie auf alle Fälle für das ganze Schuljahr.

Der Regierungsrat habe sich im Rahmen der Leistungsüberprüfung für eine spätere und stärker leistungsbezogene Aufnahme mit gleichzeitiger Senkung der Ausfallquote entschieden, erklärt Marc Kummer vom Mittelschul- und Berufsbildungsamt. Zudem soll der Übertritt wieder vermehrt später, also eher über die Sekundarschule ins Kurz- als ins Langzeitgymnasium erfolgen. Die Umsetzung liege nun bei den Rektorinnen und Rektoren. Sie seien für die Aufnahmeprüfungen zuständig. Von der Verwaltung her werde nicht eingegriffen. Gut vier Millionen Franken pro Jahr soll die Einsparung betragen.

## **Etwas Neues**

Christoph Wittmer, Rektor an der Kantonsschule Enge und Präsident der Schulleiterkonferenz Zürich, will sich nicht weiter aufhalten über Steiners Vorwurf. Die Aufnahmeprüfung werde sehr sorgfältig und gewissenhaft durchgeführt. Finanziell profitieren würden die Gymnasien nur dann, wenn sich Klassen zusammenlegen liessen, sagt er. Und das sei so auf die Schnelle innerhalb eines Schuljahres ohnehin nicht machbar. Aber er hält auch fest: «Wir werden den Sparauftrag der Regierung nach Möglichkeit umsetzen.» Dieser stelle etwas Neues dar, bemerkt er im Übrigen. Bis anhin habe stets die Anzahl der bestandenen Prüfungen vorgegeben, wie viele neue Klassen zu bilden seien, nun sei es erstmals umgekehrt. Im Endeffekt laufe die Sparvorgabe auf eine Zugangsbeschränkung fürs Gymnasium hinaus, so Wittmer.

Die Aufnahmeprüfung, die im Kanton Zürich seit einigen Jahren zentral durchgeführt wird, findet am 6. und 7. März statt und soll den Sparauftrag bereits berücksichtigen. Man sei am Erarbeiten, wie sich das seriös und fair bewerkstelligen lasse, sagt Wittmer.

## **Eine weitere Baustelle**

Die Schnittstelle zwischen Volksschule und Mittelschule weist somit eine weitere Baustelle auf. Unter dem Titel «Durchlässigkeit» wurde vor einigen Jahren die Berücksichtigung der Vornote für den Übertritt ins Kurzzeitgymnasium abgeschafft. Denn mit der Zulassung auch von Sek-B und ,Sek-C-Schülern zur Aufnahmeprüfung waren die Vornoten nicht mehr vergleichbar. Nun hat der " Kantonsrat 2015 beschlossen, dass die Vorleistung wieder angemessen zu berücksichtigen ist. Ein Vorprojekt des Bildungsrates sähe dies zumindest für die Sek-A-Schüler vor. Da Sek-B-Schüler nur noch mit schriftlicher Empfehlung der Klassenlehrperson zugelassen wären, würde diese Ungleichbehandlung als hinnehmbar erachtet. Abschliessend entschieden ist noch nicht.

Das Weglassen der Vornote könnte ein Grund sein, warum die Zahl jener gestiegen ist, welche die Probezeit nicht bestehen; man spricht von Drop-outs. Denn seither kann auch allein intensive Nachhilfe im Hinblick auf die Aufnahmeprüfung den Übertritt ermöglichen, den Anforderungen des Unterrichts sind diese Schüler dann aber nicht gewachsen. Belegen lässt sich das nicht. Es sei eine externe Studie bezüglich Erfolgsquote in Auftrag gegeben worden, sagt Amtschef Kummer. Die Ergebnisse stünden noch aus.

Rektor Wittmer wird deutlicher. Er spricht von einer «Vorbereitungsindustrie», die sich etabliert habe. Darin sieht er auch den kritischen Punkt, wenn nun zwar die Vornote wieder kommt, die Zahl der Schüler aber dennoch , schwerpunktmässig über die Aufnahmeprüfung reguliert wird. Denn so würden weiterhin die gut Vorbereiteten jene verdrängen, die ihre Stärken erst in der Probezeit ausspielen könnten. Wichtig sei eine Ausgewogenheit im Verhältnis von Vornote, Aufnahmeprüfung und Probezeit.

Ein nicht unbeachtlicher Teil der Drop-outs, so fügt Wittmer an, habe übrigens nicht mit Versagen zu tun, sondern damit, dass die Betroffenen merkten, dass es ihnen fürs Gymnasium zu früh sei oder es ihnen nicht entspreche.

Dennoch: «Das Nichtbestehen der Probezeit ist oft ein Drama», weiss Lilo Lätzsch, Sekundarlehrerin und Präsidentin des Zürcher Lehrerinnen- und Lehrer Verbandes. Die Jugendlichen stünden daraufhin oft vor dem Nichts, denn eine Lehre hätten sie ja auch nicht. Die Wiederberücksichtigung der Vornote werde etwas bringen, ist sie überzeugt. Studien belegten, dass diese aussagekräftig seien bezüglich Erfolg oder Misserfolg des Übertritts ins Gymnasium.

Wichtig sei, so hält sie im Einklang mit Wittmer fest. dass letztlich die Richtigen den Übertritt schafften - also jene, die den Anforderungen auch standhielten. Ebenso klar ist für Lätzsch, dass es bei der Schnittstelle von Mittelschule und Volksschule

Verbesserungspotenzial gibt.

### ***Austausch mit Sekundarschule***

Und hier tut sich auch etwas. Seit letztem Jahr gibt es eine Arbeitsgruppe, in der sich Schulleiter und Lehrkräfte von Volksschule und Gymnasium austauschen. Das sei auch nötig, sagt Lätzsch. Sie stelle fest, dass auf Gymnasialstufe teils das Wissen fehle, was der Lehrplan auf Primar- oder Sekundarstufe verlange. Als Beispiel nennt sie die Mengenlehre, welche an der Volksschule seit Jahren kein Thema mehr ist.

Ins Leben gerufen hat die Gruppe Kantonsschulrektor Wittmer. Er leitet auch das Pendant HSGym, das sich seit einigen Jahren um die Schnittstelle zwischen Hochschulen und Gymnasien kümmert. Ein neues Mathematiklehrmittel auf Sekundarstufe gab den Anlass, auch einen institutionalisierten Austausch der Gymnasien mit der Sekundarstufe zu suchen. Man habe festgestellt, dass besagtes Mathelehrbuch streckenweise nicht kompatibel gewesen sei mit dem, was in der Probezeit verlangt werde, sagt Wittmer. Inzwischen liegt ein ergänzendes Lehrmittel vor. Zudem wurden Fachgruppen für alle anderen Schulfächer gebildet.

### ***Resultate in Aussicht***

Im Frühling will man Resultate der (freiwillig) geleisteten Arbeit veröffentlichen. Ziel auch hier: Fairness für die Jugendlichen, wie Wittmer sagt. «Hier sollte nichts schiefgehen, es geht um einen zentralen Moment im Leben der betreffenden Jugendlichen».

---

21. 1. 2017

Komitee «Lehrplan vors Volk», 8610 Uster | [info@lehrplan-vors-volk.ch](mailto:info@lehrplan-vors-volk.ch) | [www.lehrplan-vors-volk.ch](http://www.lehrplan-vors-volk.ch)  
Spendenkonto: IBAN: CH55 0900 0000 8975 3598